

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

16. März 2021

Tarifrunde MuE: Kürzer arbeiten und besser leben. Zukunft sichern!	2
BMW: Das Beispiel zeigt – voller Lohnausgleich ist möglich	3
Siemens: Wo Kaeser ist, da brennt die Hütte!	4
Corona: Bericht eines Krankenpflegers aus einer Uniklinik	5
Hochschulen: Die Freiheit der Universität für die Konzerne opfern?	6



Für eine kämpferische Tarifrunde – gegen die Provokation der Metallbosse

In den ersten beiden Wochen nach Ende der Friedenspflicht legten rund 410.000 Kolleginnen und Kollegen bei weit über 1.500 betrieblichen Aktionen die Arbeit vorübergehend nieder.

Der Slogan der Bosse für die aktuelle Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie scheint zu sein: „Nullrunde! Zuschläge kürzen! Nullrunde!“ Und mehr noch: Sie wollen automatisch Löhne kürzen können, je nach Geschäfts-/Profit-Lage der Unternehmen. Da Mieten und Preise sich nicht automatisch unserem Geldbeutel anpassen, ist klar, was das heißt: Wir sollen zahlen – der Wettbewerb der Unternehmen untereinander soll auf unserem Rücken ausgetragen werden! Die Krise und die Corona-Pandemie werden damit zum Anlass genommen, um dem Grundprinzip der Gewerkschaft und dem Flächentarifvertrag an den Kragen zu gehen. Die Bosse nutzen die aktuelle Verunsicherung und die Angst um den Arbeitsplatz vieler Kollegen und Kolleginnen aus, um weitreichende betriebliche Spar- und Abbaupläne aus der Schublade zu holen, oder so wie der Bundesverband der Metallbosse „Gesamtmetall“ ganze Horrorkataloge vorzu-

legen: Sie fordern eine Flexibilisierung der Arbeitszeit (übersetzt: unbezahlte Mehrarbeit), Ausweitung von Befristung und Leiharbeit, Aufweichung des Kündigungsschutzes, weitere Öffnungsklauseln im Tarifvertrag, ... alles wegen Corona, ist ja klar.

„Beschäftigung sichern, Zukunft gestalten, Einkommen stärken“ ist der dagegen bescheiden klingende Slogan der IGM. Die Forderungen: ein Volumen von 4 Prozent, das in höhere Löhne oder einen Teillohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Tage pro Woche gesteckt werden soll. Außerdem geht es 30 Jahre nach der Einverleibung der DDR endlich um die Angleichung der Arbeitszeit Ost (aktuell 38 Stunden) an Westniveau (35 Stunden).

Kolleginnen und Kollegen, trotz der niedrigen Forderungen ist diese Tarifrunde wichtig: Denn wir müssen einen Dammbruch verhindern. Wenn die Bosse mit Nullrunde und betrieblicher Differenzie-

rung durchkommen, folgen die nächsten Angriffe sofort. Sie glauben, wir seien unter Corona-Bedingungen nicht kampfbereit und -fähig. Zeigen wir ihnen, dass Metaller kämpfen können.

Selbst das kleinste Zugeständnis werden wir erkämpfen müssen! Die Massenentlassungen vor zwei Jahren zeigen, dass sich die Wirtschaftsbosse bereits auf eine schwere Wirtschaftskrise eingestellt haben – die Corona-Krise kam nur oben drauf. Die regelmäßigen Krisen des Kapitalismus dürfen nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden, schließlich bekommen wir ja auch nichts von den Profiten ab. Wir haben die Krise mit Kurzarbeit und Entlassungen gezahlt, während im gleichen Zeitraum die Anzahl an Superreichen massiv gestiegen ist!

Damit muss Schluss sein: Jetzt sind die Gewinne dran! Lasst uns mit einer kämpferischen Tarifrunde einen kleinen Beitrag dazu leisten. ■HH/DKP

Kürzer arbeiten und besser leben. Zukunft sichern!

Voller Lohnausgleich ist möglich!

BMW-Vorstandschef Zipse: „In das Jahr 2021 gehen wir gestärkt und mit Rückenwind.“ Sein Finanzchef ergänzt: „Wir blicken für 2021 zuversichtlich nach vorn und wollen die Wachstumsdynamik der letzten Monate beibehalten.“

Die IG Metall fordert in dieser Tarifrunde die Möglichkeit, in Betrieben mit Auftragseinbrüchen die Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden zu reduzieren. Dafür soll es einen Teillohnausgleich geben. Arbeitszeitverkürzung wird als Notlösung ins Spiel gebracht – größtenteils von den Beschäftigten selbst finanziert. Dabei gibt es für uns Beschäftigte und die Gewerkschaftsbewegung insgesamt gute Gründe, für eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich einzutreten...

Die Angst der Menschen vor einer unsicheren Zukunft ist so alt wie der Kapitalismus. Ständig steigende Arbeitshetze und fortlaufende Rationalisierung und dabei in den Fesseln der Lohnarbeit gefangen sein ist eine permanente Herausforderung für die Werkstätigen im Kapitalismus, der keine Perspektive bietet. Es sei denn, man kämpft um seine Zukunft. Denn Reformen sind auch im Kapitalismus möglich. Kinderarbeit ist – zumindest in Deutschland – geächtet, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein erkämpfter sozialer Standard. Der Arbeitstag betrug in grauen Vorzeiten gar 16 Stunden und ist heute gesetzlich

auf acht Stunden festgeschrieben. Dies war nur möglich, weil sich die Gewerkschaften und ihre Mitglieder zum Kämpfen entschlossen (siehe Kasten „Wem gehört die Arbeitszeit“).

Rationalisierung kann eine Entlastung von Lohnarbeit für die Arbeitenden sein, wenn sie für die Arbeitenden genutzt wird. Welches Potential möglich ist, zeigt die sogenannte Arbeitsproduktivität, die als betriebswirtschaftliche Kennzahl angibt, was du erarbeitet hast.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln veröffentlicht dazu in seinem Portal „Deutschland in Zahlen“ folgende Werte für das größer gewordene Deutschland im produzierenden Gewerbe (ohne Bau, 2015 = 100 Prozent):

1991	2010	2019	19 vs. 91
57,4	95,3	102,8	+ 79,8 %

Die Lohnentwicklung (in Milliarden Euro) sah wie folgt aus:

1991	2010	2019	19 vs. 91
290,1	351,5	475,9	+ 64,0 %

Im gleichen Zeitraum entwickelten sich

übrigens die Unternehmereinkommen (in Milliarden Euro) wie folgt:

1991	2010	2019	19 vs. 91
376,1	609,7	712,4	+ 89,4 %

Dabei gingen die Jahresarbeitszeitstunden der Voll- und Teilzeitbeschäftigten zurück:

1991	2010	2019	19 vs. 91
1.466,0	1.323,8	1.306,1	- 10,1 %

Fassen wir kurz zusammen: Einer um 79,8 Prozent gesteigerten Arbeitsproduktivität standen lediglich 64 Prozent höhere Löhne gegenüber, während im gleichen Zeitraum die Kapitalisten 89,4 Prozent mehr in die Tasche strichen. Dabei gingen die Jahresarbeitsstunden um 10,1 Prozent zurück.

Die Automobilindustrie ist, gemessen am Umsatz, der bedeutendste Industriezweig Deutschlands. 832.000 Beschäftigte erwirtschafteten den Kapitalisten 436 Milliarden Euro. „Die Automobilindustrie hat daher eine sehr hohe Bedeutung für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland“, bemerkt das Wirtschaftsministerium in seiner Branchenskizze. Sehen wir uns deshalb mal Zahlen von BMW an. ■RW/DKP



Die IG Metall fordert in der aktuellen Tarifbewegung für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie im Osten unverändert die Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West. Birgit Dietze, Bezirksleiterin der IG Metall Berlin, Brandenburg und Sachsen, sagt: „Die Beschlüsse unserer Tarifkommissionen sind eindeutig und unverändert. Die Angleichung der Arbeitsbedingungen ist gegenüber den Arbeitgeberverbänden adressiert und heißt Tarifliches Angleichungsgeld“, und „ich kenne in der IG Metall niemanden, der sich von dieser Forderung verabschiedet hat.“ Jörg Köhlinger, Leiter des IG Metall Bezirks Mitte: „Die 35-Stunden-Woche ist unser Ziel und mir ist nicht bekannt, dass in der IG Metall irgendjemand dieses Ziel aufgegeben hat.“

Das Beispiel BMW: Voller Lohnausgleich ist möglich!

	2010	2019	2019 vs. 2010
Produktion von BMW, Mini und Rolls-Royce sowie Motorräder in Stück	1.593.524	2.751.141	+ 72,6 %
Beschäftigte	95.453	133.778	+ 40,2 %
Produzierte Einheiten je Beschäftigten	16,7	20,6	+ 23,4 %
Umsatz in Mrd. Euro	60.477	104.210	+ 72,3 %
Umsatz je Beschäftigten in Tsd. Euro	633	779	+ 23,0 %

Produzierte ein BMW-Beschäftigter im Jahr 2010 16,7 Autos oder Motorräder, waren dies neun Jahre später, 2019, 20,6 Autos oder Motorräder, satte 23,4 Prozent mehr. Auch der erzielte Umsatz lag im gleichen Zeitraum 23 Prozent höher. Wie hoch war die

Lohnsteigerung in diesem Zeitraum? Ein Blick auf den Lohnzettel sollte genügen.

Ganz anders entwickelte sich das Vermögen deiner Bosse, wie das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes jährlich berichtet:

Vermögen in Mrd. US-Dollar	März 2010	März 2020	2020 vs. 2010
Susanne Klatten	11,1	16,8	+ 51 %
Stefan Quandt	5,7	12,3	+ 115,8 %

Es gibt genügend Gründe, in dieser Tarifrunde auf keinen Cent zu verzichten. Auch die gerne zu Mäßigungsaufrufen genutzte Corona-Pandemie beeindruckt letztendlich das BMW-Management nicht, wie die vielen Herren und eine Dame mitteilen: „Die BMW Group hat im dritten Quartal 2020 ihren Absatz und Konzernüberschuss gesteigert und liegt nach neun Monaten auf Kurs für ihre Jahresziele (...) Das dritte Quartal unterstreicht die Leistungsfähigkeit der BMW Group in einem herausfordernden Umfeld. (...) Wir

gestalten die Transformation unserer Industrie aus einer Position der Stärke heraus und sind für die kommenden Jahre sehr gut aufgestellt.“ (Pressemitteilung vom 4. November 2020)

Es liegt nun an uns, ob wir kürzer arbeiten und besser leben wollen. Der Kapitalismus jedenfalls bietet keine Perspektive für die arbeitenden Menschen. Wie es geht, zeigt die Geschichte der IG Metall. ■ RW/DKP

Aus der Geschichte der IG Metall: „Wem gehört die Arbeitszeit?“ Ab Mitte der 1970er Jahre ersetzen immer mehr Roboter die Arbeitskraft von Menschen. Massiver Stellenabbau und Leistungsverdichtungen sind die Folge. Zwischen 1980 und 1983 verringert sich allein die Zahl der Beschäftigten in der westdeutschen Metallindustrie um zehn Prozent. 1977 beschließt der Gewerkschaftstag der IG Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. 1982 erklärt der IG Metall-Vorstand die 35-Stunden-Woche zum vorrangigen Ziel – auch als Antwort auf die zunehmende Massenarbeitslosigkeit. Die Idee: Die Arbeit gerechter verteilen, sichern und neue Stellen für rund 2,5 Millionen Erwerbslose schaffen sowie humanere Arbeitszeiten durchsetzen. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ – dafür steht die 35-Stunden-Sonne.

Am 14. Mai 1984 beginnt der Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Nordwürttemberg und Nordbaden, in Hessen eine Woche später. 57 500 Beschäftigte aus 23 Betrieben folgen dem Streikaufruf der IG Metall. Die Arbeitgeber reagieren mit kalter und heißer Aussperrung. Eine halbe Million Ausgesperrte stehen vor den Betriebstoren – zehnmal so viele wie Streikende. „Keine Minute unter 40 Stunden“ – so die Ansage der Arbeitgeber. Nach sieben Wochen Streik und Aussperrung ist das Dogma gebrochen und der Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschafft. Seit 1995 ist die 35-Stunden-Woche tarifliche Normalarbeitszeit in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie. (www.igmetall.de)

Gesamtmittel-Chef Wolf: Metall-Löhne zu hoch!

Der Verhandlungsführer der Kapitaleseite in der IG Metall-Tarifrunde, Gesamtmittel-Präsident Stefan Wolf, erklärt im *Handelsblatt*-Interview vom 26. Februar 2021, warum die Metall-Löhne nicht steigen dürfen, ja sogar schon zu hoch sind: „Und wir können auch nicht immer weiter beliebig draufsatteln. Wir wollen ja gar nicht an die Tabelle ran, müssen aber andere Möglichkeiten für Kostensenkungen finden. Sonst können Sie das irgendwann auch einem Altenpfleger oder einer Verkäuferin nicht mehr vermitteln, die nur einen Teil dessen bekommen, was in unserer Industrie verdient wird.“ Die Bemerkung zeigt die Aggressivität, mit der die Gegenseite in die Verhandlung geht. Wolf will nicht nur die Metall-Lohnkosten senken, sondern auch gleich mitverhindern, dass der Nachholbedarf in Pflege und Einzelhandel diskutiert wird, der in der Pandemie überdeutlich geworden ist. Wolf denkt nicht nur an Metall, er hat Klassenbewusstsein. Das der Kapitalistenklasse. Wir schließen uns Stefan Kühner an, der in der Zeitung der DKP (*Unsere Zeit*) am 12. Februar schrieb: „Wer also meint, die Beschäftigten müssten in dieser Tarifrunde bescheidener auftreten, verkennt die Situation. Es geht um viel mehr als um die Durchsetzung der Forderungen der IG Metall. Es ist ein Kräftemessen, das mit darüber entscheidet, ob Kernelemente der Sozialpolitik verteidigt werden können.“ ■ Stefan Müller





Wo Kaeser ist, da brennt die Hütte!

Sein Programm für Siemens Energy: 300 Millionen Euro einsparen – 7.800 weltweit abbauen, davon 3.000 in Deutschland raus.

Kaesers letzte Aktion als Chef der Siemens AG war die Abtrennung der Energiesparte Gas & Power vom Mutterkonzern. Seit Herbst 2020 ist der Energiekonzern an der Börse, ein eigenständiges Unternehmen mit weltweit 90.000 Beschäftigten. Siemens ist mit 35 Prozent beteiligt.

Wie keiner zuvor hat der smarte Niederbayer in seiner siebenjährigen Laufbahn als Siemens-CEO (Chief Executive Officer) den Elektrokonzern filetiert. Sein Wahlversprechen: Die Teile sind mehr wert als das Ganze – an der Börse, versteht sich. Nachdem er den Mutterkonzern als strahlender Zerleger verlassen hat, thront er nun als Aufsichtsratsvorsitzender über dem Turbinen- und Kraftwerksbauer. Mit an Bord ist noch die Windenergie (Gamesa).

Unter ihm sitzt Christian Bruch als Energy-CEO, als oberster Exekutionsoffizier, hierzulande milde als Vorstandsvorsitzender bezeichnet.

Der hat nun den Abbau durchzuziehen. Kaeser scheiterte fast daran vor drei Jah-

ren. Wegen der sinkenden Nachfrage nach Dampfturbinen wollte er das Werk Görlitz schließen. Die Kollegen dort kämpften um ihre Arbeitsplätze, die Görlitzer Bürger protestierten massiv. Mit rotem Kopf musste Kaeser von einer Betriebsversammlung abreisen, sein Plan war gestoppt. Da muss jetzt Bruch wieder ran, an die Standorte in Görlitz, Duisburg, Berlin.

Der Firmensitz ist übrigens in München-Neuperlach. Im Feuer stehen vor allem die Bereiche Vertrieb, Verwaltung und Management. (Süddeutsche Zeitung, 2. Februar 2021) Der Plan ist, dass in den kommenden Jahren jeder Zwölfte seinen Account abgibt, weltweit.

Was erwartet die Beschäftigten von Siemens Energy? Sie müssen sich wohl warm anziehen und für eine kampfbereite Vertretung sorgen. Falls die Masse der Kolleginnen und Kollegen erst dann der IG Metall beitrifft und aktiv wird, wenn die Hütte brennt, wird es vielleicht, wie so oft bei Siemens erlebt, wieder zu spät sein. ■krr

Die neue Siemens AG und wie sie funktioniert. Sie besteht nunmehr aus 3 Sparten:

1. Digitale Fabrik (auch Industrie 4.0) ist das Kerngeschäft. Ziel ist, das Weltmonopol in der Fabriksoftware zu erringen, vergleichbar mit Windows. Dazu Kooperation mit SAP, führend in betriebswirtschaftlicher Software, mit 130 Mrd. Euro Börsenwert Nummer eins im DAX und mit Atos, dem französischen IT-Monopol.
2. Digitale Infrastruktur
3. Bahntechnik – Siemens Mobility GmbH, 100 Prozent Siemens.

Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt ist nach wie vor General Electric, USA. Wird das Kapital für die Entwicklung des Kerngeschäftes, des sogenannten Industrial Core (digitale Fabrik und Infrastruktur) knapp, kann auf die beiden flankierenden Aktiengesellschaften zurückgegriffen werden. Analysten sprechen von Cash cows (Melkkühen). Das sind die Siemens Healthineers AG (die ausgegliederte Medizintechnik) und die Siemens Energy AG, wo Kaeser als Kapitalmarktstrategie die Fäden zieht. Ihre Milliardenwerte werden auf dem Aktienmarkt frei gehandelt. Letztere wird in diesem Monat in den Leitindex DAX-30 einziehen. ■krr

mehr Informationen über die DKP:
www.dkp.de

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de

Corona in der Klinik

An dieser Stelle dokumentieren wir den Bericht eines Kollegen aus der Krankenpflege im Uniklinikum Augsburg, der an die Redaktion der „Auf Draht“ geschickt wurde.



Mittlerweile ist es über ein Jahr, in dem das Coronavirus weltweit wütet und Menschen in den Ruin treibt oder gar tötet. Die allgemeinen Fakten dazu dürften jedem bekannt sein. Doch wie sieht es in den Krankenhäusern der Republik aus?

Mein Name ist Karl, und ich arbeite in einer Uniklinik mit knapp 2000 Betten. Während vor der ersten Welle im Mai 2020 noch Platz geschaffen werden konnte und nicht unbedingt sofort vorzunehmende Operationen verringert wurden sowie zusätzliche Arbeitskräfte mobilisiert werden konnten, war davon im Oktober 2020 nichts mehr zu sehen. Dazu muss man natürlich sagen, dass es desaströs war, wie viel Schutzausrüstung in der ersten Welle gefehlt hat. Aber was dann im Oktober kam, hätte man sich in seinen kühnsten Vorstellungen nicht denken können. Oktober 2020: Patienten werden bis zur letzten Sekunde aufgenommen, darunter auch viele Operationen, die man eigentlich guten Gewissens hätte verschieben können. Das war natürlich für das Virus ein gefundenes Fressen, und so musste es natürlich kommen, wie es kommen musste: Es herrschte blankes Chaos! Stationen mussten innerhalb von kürzester Zeit umfunktioniert werden, Personal wurde zusammengewürfelt und auf die Infektionsstationen geschickt, ohne eine Schulung oder Einweisung in den korrekten Umgang mit dem Virus, oder waren plötzlich für mehrere Fachrichtungen gleichzeitig zuständig.

Letztendlich wurde das OP-Programm erst im Dezember dann mal wieder heruntergefahren (wenn auch sehr widerpenstig von Seiten der Klinikleitung), und es wurde ein erneuter Corona-Bonus angekündigt. Es hört sich jetzt erstmal an, als ob sich die Lage entspannen sollte, doch es kam wieder anders als gedacht. Die vielversprochenen Bonuszahlungen für die enorme Mehrbelastung des Klinikpersonals in der Pandemie wurden undurchsichtig und nicht nachvollziehbar bezahlt bzw. nicht bezahlt. Es herrschte weiterhin Chaos auf den Infektionsstationen, da man in so kurzer Zeit kein vernünftiges Stations- bzw. Arbeitskonzept erarbeiten konnte.

Das Personal war weit über dem Limit, da teilweise 12-Stunden-Schichten und natürlich Dauerarbeit in Schutzkleidung zum Alltag gehörten. Laut Gesetzgeber sollte bei Arbeit in Schutzkleidung einem Arbeitnehmer gewährleistet werden, nach zwei Stunden eine Pause einzulegen. Utopische Vorstellung, da man nicht einfach so mal eben seine Patienten alleine lassen kann, wenn man einen Personalschlüssel von zeitweise 1:20 hat. Springen wir zum jetzigen Zeitpunkt, Februar 2021. Was hat sich seitdem verändert, werdet ihr jetzt vielleicht fragen. ... Doch leider gibt es dazu nichts Positives zu berichten. Klar ist die Lage durch den Lockdown und die sinkenden Infektionszahlen etwas entspannter geworden, aber Geld oder

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 6 ►

Kurz & bündig

Amigo 2.0: Des einen Leid, des anderen Freud'. Während Corona Millionen Menschen in Existenznöte bringt, verdienen sich andere dumm und dämlich. Einer davon: Dr. Georg **Nüßlein**. Getreu seiner Maxime „... Verzicht und Zwang passen nicht zu meiner Vorstellung von Politik ...“ diente er eifrig dem Wohl des Volkes und beschaffte über seine Firma Tectum Holding medizinische Masken zum Preis von 14 Mio. Euro für das Gesundheitsministerium – gegen Zahlung einer Provision von 660.000 Euro. Welche Einnahmen er sonst noch mit der Tectum erzielt? Die eigentlich notwendige Meldung an den Deutschen Bundestag gibt es nicht.

Daneben sitzt er auch noch im Aufsichtsrat der Sfirion AG, einem in München ansässigen Ingenieurbüro, das sich auf das Projektmanagement im Baugeschäft spezialisiert hat. Einer der Kunden ist die Deutsche Bahn AG. Als 2009 das Verkehrsministerium wieder in die Hände der CSU fiel, entwickelten sich die Geschäfte besonders gut. Ob die Verkehrsminister nun Peter **Ramsauer**, Alexander **Dobrindt**, Christian **Schmidt** oder Andreas **Scheuer** hießen – alle sind jahrelange CSU-Parteifreunde von Nüßlein und alle waren von Amts wegen für die Bahn zuständig. Die Umsätze der Sfirion AG mit der Bahn jedenfalls haben sich nach Aussage eines Berliner Insiders, so die Wirtschaftswoche, seit 2009 fast verdoppelt.

Mit dabei beim Maskendeal Alfred **Sauter**, einst bayerischer Staatsminister und heute – in einer Sozietät mit Peter **Gauweiler** – als Rechtsanwalt aktiv. Er hat die Verträge mit dem Schweizer Lieferanten gestaltet. Auch zwei altbekannte Namen tauchen wieder auf: Monika **Hohlmeier** und Andrea **Tandler**. Erstere, die Tochter des Franz Josef Strauß, erhielt einen Anruf Zweiterer, Tochter des Gerold Tandler (der sein Amt als Finanzminister aufgeben musste: Stichwort Zwick-Affäre), ob denn nicht Masken benötigt würden. Da beide vermutlich schon im Sandkasten gekungelt haben, ist es nachvollziehbar, dass die Monika mal schnell die Melanie anruft, damals bayrische Gesundheitsministerin, um nachzufragen. „Das war es dann auch schon“, beteuert die Hohlmeier. Mit am Verhandlungstisch saß auch Jens **Spahn**. 8,90 Euro zahlte der Freistaat für nicht zertifizierte Masken. Nun gibt es doch tatsächlich unterschiedliche Meinungen, ob die vermittelten Masken zu teuer waren. Auch im Musterländle Baden-Württemberg sind die Amigos aktiv. 250.000 Euro kassierte der CDU-Abgeordnete Nikolas **Löbel** für die Vermittlung von Schutzmasken. „Dafür möchte ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes entschuldigen“, sprach er und verschwand wie der Räuber nach geglücktem Banküberfall. ■RW

► Fortsetzung von Seite 5
Corona in der Klinik

Anerkennung von der Politik gibt es natürlich in gewohnter Weise nicht. Eine erneute Bonuszahlung wurde von den Finanzämtern sofort vereitelt, die Tarifierhöhung, welche ab April 2021 erfolgen sollte, wird verwehrt, da Fahrradleasing wichtiger ist als die Arbeitskraft. Was zeigt uns diese kleine Schilderung? Klar, Profit über Menschlichkeit ist nichts

Neues, und die Bedingungen werden sich auch in den nächsten Jahren ohne Kampf nicht ändern.

Für mich persönlich zeigt diese Krise, wie sehr und mit welcher Brutalität der Staat die Pflege zu Grunde gehen lässt. Wir dürfen uns trotz alledem nicht von der Resignation überwältigen lassen und uns das alles gefallen lassen. Es muss weiterhin auf die Straße gegangen werden, egal ob Pflege oder Produktion. Streiks müssen konsequent durchgesetzt werden, und zwar zahlreich, denn nur so

können wir uns gegen das Kapital stellen! Der Kahlschlag im Gesundheitswesen, die Profitemacherei mit der Gesundheit müssen sofort gestoppt werden! Ein gut aufgestelltes Gesundheitswesen und deutlich mehr Personal auf den Stationen ist nicht nur im Sinne von uns Pflegekräften, sondern liegt im Interesse des ganzen werktätigen Volkes, der ganzen Arbeiterklasse.

Und deshalb müssen wir auch alle gemeinsam, egal ob Verdi oder IG Metall, dafür kämpfen!

„Im Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen im Oktober 2020 wurde Entgeltumwandlung für Fahrrad-Leasing ermöglicht. Die Arbeitgeber hatten auf diesem Punkt bestanden, trotz unserer Kritik.“ (Verdi-Landesbezirk Baden-Württemberg) Zähneknirschend hatte Verdi diesen Punkt akzeptiert, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Doch nun soll das Fahrrad kommen, die Lohnerhöhung aber nicht!

„Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) teilte Ver.di mit, dass die Auszahlung der vereinbarten Tarifierhöhung von 1,4 Prozent ab 1. April 2021 zunächst nicht erfolgen soll.

Eine größere Missachtung der Leistungen der Beschäftigten gerade in Zeiten einer Pandemie ist kaum vorstellbar. Schon in der Tarifrunde hatten die Arbeitgeber ganz offensichtlich versucht, die Situation auszunutzen in der Erwartung, dass die Beschäftigten nicht in der Lage sind, ihre berechtigten Interessen wegen der Corona-bedingten Einschränkungen durchzusetzen. Jetzt kommt die nächste Provokation! (...) Arbeitgeber wollen sich mit Fahrradleasing schmücken ohne jegliche Verpflichtung“ (Bündnis Krankenhaus statt Fabrik/Verdi)

Die Freiheit der Universität für die Konzerne opfern?

Die geplante reaktionäre Hochschulreform der CSU dient ausschließlich den Interessen der Konzerne. Die Studierenden wehren sich.

Um „den linken Sumpf an den Universitäten trocken zu legen“, wurde 1974 in Bayern die verfasste Studierendenschaft abgeschafft. Seitdem können studentische Interessen an den bayerischen Hochschulen schlechter vertreten werden, und die Mitbestimmung ist, im Vergleich zu anderen Bundesländern, nur eingeschränkt möglich. Aufgrund der undemokratischen Struktur, die Studierende benachteiligt, konnten in den letzten Jahrzehnten verschiedene „Reformen“ gegen den Willen der Studierenden durchgedrückt werden. Zuletzt die Bologna-Reform, die vor allem durch die Einführung des European Credit Transfer Systems (Europäisches System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen) und der Ausrichtung auf Beschäftigungsfähigkeit am Arbeitsmarkt den Leistungsdruck stark erhöhte.

Nun steht eine neue bayerische Reform vor der Tür, die Bernd Sibler & Co, in den Hinterzimmern des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst ausgearbeitet haben. Im Oktober 2020 veröffentlichte das Ministerium ein Eckpunktepapier zur geplanten Reform, unter dem Namen „bayerisches Hochschulinnovationsgesetz“. Die Reform sieht de facto vor, dass künftig mehr Studiengänge von Drittmitteln abhängig sein werden und erforshtes Wissen

einen konkreten finanziellen Nutzen für den Geldgeber, zum Beispiel einen multinationalen Konzern, haben muss. Die Konsequenz ist, dass viele Studiengänge in den Geistes- und Sozialwissenschaften, sowie die Grundlagenforschung weniger Geld erhalten werden und die Fächervielfalt an bayerischen Hochschulen bedroht ist. Durch die damit einhergehende finanzielle Abhängigkeit von der Wirtschaft ist nicht nur die Wissenschaftsfreiheit bedroht, da WissenschaftlerInnen vorgegeben wird, was sie zu erforschen haben, sondern es werden zum Teil staatliche Gelder für Forschung verwendet, deren Gewinne ganz nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ - oder besser gesagt „Risiko sozialisieren“ - in die Taschen der großen Konzerne fließen. Viele weitere Veränderungen, die die Reform anstrebt, entsprechen nicht den Interessen von Studierenden und wissenschaftlichen, sowie nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Zum Beispiel führt die Einrichtung von reinen, auf kommerzielle Zwecke zielende Forschungsprofessuren zum Qualitätsverlust in der Lehre. Dass die Schaffung einer Konkurrenzsituation zur Schließung von Lehrstühlen oder gar Hochschulen und damit Reduzierung von Studienmöglichkeiten führt, ist keine weit hergeholt

fürchtung, sondern letztlich kapitalistische Logik. Besonders beschämend und diskriminierend ist die geplante Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger. Zu guter Letzt wäre da noch der gewählte Zeitpunkt und der intransparente und undemokratische Gesetzgebungsprozess. Mitten in der Pandemie, in der politischer Diskurs nur eingeschränkt möglich ist, eine so tiefgreifende Reform anzustreben, macht Studierende wütend. Die „offenen“ Diskussionen mit Herrn Sibler in den sozialen Netzwerken sind nur Ausdruck dessen, denn Fragen werden im Livestream gefiltert, nicht vollständig beantwortet oder einfach ignoriert. Alles in allem stellt die Reform für uns Studierende eine Verschlechterung der sowieso undemokratischen und untragbaren Situation dar. Wir brauchen keinen Kompromiss, sondern eine Kehrtwende um 180 Grad, um endlich mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie und weniger Leistungsdruck an bayerischen Hochschulen zu erreichen. Dazu gehört die viertelparitätische Vertretung aller Universitätsmitglieder und natürlich die verfasste Studierendenschaft.

Allen pandemiebedingten Schwierigkeiten und der Verweigerungshaltung der bayrischen Hinterstübler um Sibler & Co zum Trotz, haben sich mehrere Initiativen



Betroffener gebildet, die gegen die Reform vorgehen. So zum Beispiel die Initiative Geistes- und Sozialwissenschaften oder das Münchener Komitee, das demokratische Vollversammlungen an allen bayerischen Hochschulen fordert, um offen über eine Reform zu sprechen. Auch weitere Organisationen und Fachschaften, wie z.B. Students for Future, SDAJ, GEW, DGB und die Kunstakademie München sind am Widerstand beteiligt. ■CKX

Warum das die Arbeiter zu interessieren hat!

Die Technische Universität München und BMW haben schon seit einiger Zeit einen so genannten Thinktank (Denkfabrik). In dem wird u.a. zu flexiblen Arbeitsmethoden geforscht. Kollegen, bereitet die Turnschuhe vor! Das Leitbild dieses Modells an der TU München wird ungeniert als „unternehmerische Universität“ bezeichnet.

Facebook lässt an der TU München zu Algorithmen forschen. Das sind Handlungsvorschriften zur Lösung eines Problems, z. B. wie kommt Facebook noch besser an unsere Daten ran. Dabei behält sich Facebook vor, über die Besetzung der Professoren mitzubestimmen. Freiheit der Wissenschaft?

Nur zwei Beispiele, wie sich die Unis über Drittmittel kaufen lassen und gegen unsere Interessen forschen und lehren. ■krm

Mit zweierlei Maß

*Erneute politische Willkür am Oberlandesgericht München gegen kurdische Kollegen!
Je nachdem, was politisch nützt.*

In der letzten „Auf Draht“ hatten wir in dem Artikel „Banu muss bleiben“ über die Verurteilungen im Münchner TKP/ML-Prozess und drohende Ausweisung von Dr. Banu Büyükkavci, Ärztin und aktive Gewerkschafterin aus Nürnberg, berichtet.

Grundlage für das Strafverfahren bildeten die Paragraphen 129a und 129b des Strafgesetzbuches. (Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Organisation im Ausland)

„Zu dem Prozess (Anm.: dem TKP-ML-Prozess) konnte es nur kommen, weil die Bundesregierung 2014 eine von der Bundesanwaltschaft beantragte ‚Verfolgungsermächtigung‘ gegen die Angeklagten erteilt hatte. (...) Im Fall von Mitgliedern der Freien Syrischen Armee etwa, gegen die kürzlich ein Prüfverfahren der Bundesanwaltschaft lief, wurde keine

Ermächtigung erteilt, da Berlin die Organisation als Freiheitsbewegung gegen das Assad-Regime ansieht.“ (der Freitag, 29. Juni 2016)

Gruppen, die gegen Assad in Syrien kämpfen, sind „Freiheitskämpfer“ und die, die gegen den Despoten Erdogan aufbegehren und deshalb vom türkischen Staat als „Terroristen“ verfolgt werden, sind das auch in den Augen der Bundesregierung und der deutschen Justiz! Könnte die Kumpanei mit dem Erdogan-Regime, damit der türkische Despot weiterhin Flüchtlinge von Deutschland und der EU fernhält, noch offensichtlicher sein? Wohl kaum!

Immer wieder Verhaftungen, Prozesse und Verurteilungen

Der menschenverachtende Schulterchluss mit dem türkischen Staat, wenn es gegen

kämpferische türkische Arbeiterorganisationen, gegen Kurdinnen und Kurden geht, hat lange Tradition.

Dass in türkischen Gefängnissen gefoltert wird, das wissen auch die deutschen Staatsanwälte, Richter und das Justizministerium. Vermeintliche Erkenntnisse, die belegen sollen, dass es sich bei den hierzulande verfolgten Menschen um angebliche „Terroristen“ handelt, dürften deshalb gar nicht in Deutschland in einem Strafverfahren verwendet werden. Aber Menschenrechte und rechtsstaatliche Standards scheinen die hierzulande Herrschenden, ihre Regierungen und ihre Justizorgane eben nur so weit zu interessieren, wie sich daraus politisches und wirtschaftliches Kapital schlagen lässt!

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 8 ►

► Fortsetzung von Seite 7
Mit zweierlei Maß

Erneute politische Willkür gegen kurdischen Kollegen!

Kaum war das Urteil im TKP-ML-Prozess gesprochen, da kam im Dezember letzten Jahres schon der nächste dieser Prozesse vor dem Oberlandesgericht München ins Rollen: Am 16. Dezember 2020 stellte das Münchner OLG einen Haftbefehl gegen den 47-jährigen Kurden Mustafa T. aus. Mustafa T. wird bezichtigt, er wäre ein leitender Funktionär der Exilorganisation der kurdischen Arbeiterpartei PKK in Süddeutschland.

Europäisches Gericht: PKK keine Terrororganisation!

Würde die Generalbundesanwaltschaft, das Justizministerium und das OLG München der Einschätzung der Richter am Europäischen Gericht (EuG) folgen, dann gäbe es überhaupt keinen Grund für das Verfahren gegen Mustafa T. 2018 hatte das Gericht entschieden, dass die PKK zu Unrecht auf der „EU-Terrorliste“ geführt worden ist. Aber auch in einigen EU-Mitgliedsstaaten, wie z. B. in Belgien, beurteilen die Gerichte die PKK und die

Lage in der Türkei, die davon nicht zu trennen ist, völlig anders und vor allem auch realistischer als in Deutschland. Die PKK terrorisiere keine Bürgerinnen und Bürger, sondern ihre Aktivitäten richteten sich gegen Handlungen des türkischen Staates, die die Rechte des kurdischen Volkes missachteten. Deshalb könne man Mitglieder der PKK auch nicht als „Terroristen“ verurteilen.

In Deutschland interessiert all das die Herrschenden nicht.

Die Interessen des deutschen Großkapitals und der türkischen Regierung gebieten es auch in der BRD, diejenigen zu verfolgen und ins Gefängnis zu sperren, die sich in der Türkei für Demokratie, Menschenrechte und Arbeiterinteressen einsetzen! Damit muss endlich Schluss sein! Es ist ein Skandal, dass viele unserer türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen auch hier in Deutschland in permanenter Angst leben müssen, wegen ihres demokratischen Engagements verhaftet zu werden! Es ist ein erbärmlicher Zustand, dass ihre Organisationen permanent kriminalisiert und sie so ihrer demokratischen Rechte beraubt werden!

Weg mit §§ 129 a/b! Das müsste auch eine Forderung unserer Gewerkschaften sein, wenn wir es ernst nehmen, was im Grundsatzprogramm des DGB steht: „Wir engagieren uns für eine weitere Demokratisierung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, für Menschen- und Bürgerrechte ...“



Hasenberg! Sich organisieren und Widerstand leisten lohnt sich. Diese Erfahrung machten auch die 72 Mieter der Anwesen Paulckestr. 3 bis 7. Wie wir in der letzten Ausgabe der Auf Draht berichteten, wollte das Doblinger-Unternehmen Wohnungs- und Siedlungsbau Bayern die Mieter rauswerfen, um die jahrelang nicht durchgeführten Instandhaltungen durch eine umfangreiche Renovierung zu sanieren. Weder wurden Ersatzwohnungen angeboten noch eine Rückkehr in Aussicht gestellt.

Doch ihrem Widerstand ist zu verdanken, dass für die Dauer der Sanierungsarbeiten die WSB Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt. Außerdem bezahlt sie die Umzugskosten und sichert den Mietern zu, dass sie anschließend in ihre alte Wohnung zurückkehren können. Die Sanierung wurde auf Ende des Jahres verschoben „wenn Corona es zulässt“, notiert die WSB auch schriftlich. Weiterhin wurden die Sanierungen der Hausnummern 1, 5 und 9 vorerst auch verschoben.

Unterstützt wurden die Mieter dabei vom Mieterbeirat München sowie einem aus 25 Organisationen geschiedeten Bündnis der Bürgerinitiative *Ausspekuliert*, darunter sämtlichen Gewerkschaften.

Schwanthalerhöhe: An Christian Schwarz-Schilling erinnern sich heute die wenigsten. Doch er hinterließ dicke Spuren. Dieser war von 1977 bis 1997 stellvertretender Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU sowie von 1982 bis 1992 Postminister. Den gab es mal wirklich.

Unter seiner Ägide wurde mit zahlreichen „Reformen“ genannten Maßnahmen die Deutsche Bundespost in drei am Profit orientierte „öffentliche Unternehmen“ zerlegt: die Deutsche Telekom, die Postbank und die Deutsche Post AG. Die Menschen im Westend haben nun mit seinem Reformwerk zu leben. Die seit den 1920er Jahren dort existierende Post soll geschlossen werden. Doch der Bezirksausschuss organisierte Widerstand gegen die Pläne. Flugs wurde eine Unterschriftensammlung im Viertel gestartet und in den zahlreichen Geschäften ausgelegt. Mittlerweile haben über 1.000 Westendler unterschrieben. Nach der Stadtratsfraktion der Partei Die Linke ist jetzt auch die rot-grüne Rathausregierung auf den Zug aufgesprungen und Oberbürgermeister Dieter Reiter schrieb an die Vorstände der Postbank (den Vermieter) und der Post AG, die Pläne zu überdenken und die einzige Zweigstelle im Viertel weiterzuführen. Mal sehen, ob es hilft. Am sinnvollsten wäre es aber, die „Reformen“ rückgängig zu machen und Postdienste wieder als Grundversorgung anzubieten. Vielleicht ein lohnenswertes Ziel für eine künftige rot-rot-grüne Bundesregierung.

Aufdraht

Herausgeber:

DKP und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

www.betriebsaktiv.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Wir feiern 50. Geburtstag!

AUF DRAHT ENIGHEIT IST UNSERE STÄRKE

HERAUSG. SIEMENS-MITGLIEDERGRUPPE DER ARBEITER-BASISGRUPPEN APRIL 1971 NR. 1

KURZARBEIT in der BALANSTRASSE

ALLES FÜR DEN PROFIT - ALLES GEGEN DIE ARBEITER

Seit dem letzten Herbst müssen die Kollegen bei Siemens/Balanstraße erfahren, was die „Mitarbeiter“ wert sind, wenn die Firmenergebnisse der Aktionäre die Profite reifen will. Nachdem 1969 und bis weit ins Jahr 1970 hinein die Nachfrage nach Bauelementen ständig gestiegen war, sah sich der beginnende Rückgang der Konjunktur auf diesem Gebiet fruchtlos bemerkbar.

Gleichzeitig aber waren die Fertigungsanlagen in Ausland produktionsbereit oder stark ausgebaut worden. In einem überwiegend landwirtschaftlich orientierten Gebiet Österreichs, in Villach/Burgenland, hatte Siemens ein Halbleiterwerk gebaut. Die Arbeiter, die in dieser Gegend wenig Arbeitsmöglichkeiten finden, arbeiten durchschnittlich für ungerade rund 2,10 je Stunde. Noch billiger ist die Arbeitskraft in Singapur und in Italien. Noch höher also sind

die Profite, die aus diesen Kollegen herausgeholt werden können. Deshalb wird ein immer höherer Anteil der Gesamtproduktion auf den Halbleiterbereich ins Ausland verlagert.

Wenn nun, wie es jetzt geschieht, die Aufträge nicht mehr so rasch ansteigen, werden Arbeitskräfte dort eingesetzt, wo sie am teuersten sind. Wir erleben heute die Bestätigung dafür, daß Arbeitskraft in diesem

Fortsetzung auf Seite 2

INHALTSVERZEICHNIS

- Kurzarbeit in der Balanstr. 3,1
- So „sorgt“ Siemens für seine Arbeiter 1 3,2
- SIEMENS-Aktionsversammlung 3,2
- Information über Kurzarbeitergeld 3,2
- Arbeiter-Justiz-Gruppen 3,2
- Was soll diese Zeitung? 3,2
- Handelt Siemens in Regensburg anders als in München? 3,9
- Stellenangebot trotz Kurzarbeit 4,1
- Siemens - Privat 4,12

Die Auf Draht war anfangs eine Betriebszeitung für Siemens-Kolleginnen und -Kollegen, daher auch der Titel. Der erste Aufmacher im April 1971 war: „Kurzarbeit in der Balanstraße – alles für den Profit – alles gegen die Arbeiter“. In der Balanstraße war damals der nicht mehr existierende Bereich Bauelemente. Wie sich Siemens heute aufstellt und was der Konzern heute wieder alles für den Profit macht, könnt Ihr in der aktuellen Nummer lesen.

Die Auf Draht wird mittlerweile bei BMW, MAN, Siemens in Neuperlach, den Stadtwerken München, bei Audi in Ingolstadt und an verschiedenen Plätzen in einzelnen Münchner Stadtvierteln verteilt.

Gerne nehmen wir dich in unseren Verteiler auf. Bitte einfach an auf.draht@gmx.de mailen.